

Probleme der Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz

**Bestandesaufnahme der Fakten, Ursachen, Risikogruppen,
Massnahmen und des integrationspolitischen Handlungsbedarfs**

Bundesamt für Migration im Auftrag des Departementsvorstehers EJPD

Juli 2006

II.7. Wohnumfeld und Quartierentwicklung

Daten zur Integration der ausländischen Bevölkerung

Konzentration der ausländischen Bevölkerung in urbanen Quartieren: Die ausländische Wohnbevölkerung konzentriert sich stark in städtischen Räumen (siehe All.7.1. Ausländeranteil in den Kantonen/Gemeinden). Den höchsten Anteil im Jahr 2000 hatte die Stadt Genf (43.8%) gefolgt von Lugano (36.9%) und Lausanne (35.8%).²⁴⁷ Der Ausländeranteil im Kanton Basel-Stadt belief sich auf 27.9%, während der Kanton Uri mit 8.8% den tiefsten Anteil an der Bevölkerung aufwies. In einigen Gemeinden liegt der Anteil der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner über 50%, etwa im Fremdenverkehrsort Leysin (53.6%) oder in der Lausanner Vorstadtgemeinde Renens (51.9%).²⁴⁸ Eine detaillierte Analyse der 17 Städte der Schweiz und ihrer insgesamt 263 Teilgebiete aufgrund der Volkszählungsdaten weist eine Reihe von Stadtteilen aus, deren Bevölkerung zur Hälfte keinen Schweizer Pass besitzt. Der höchste Ausländeranteil eines Quartiers in der Schweiz liegt bei 59.3%.²⁴⁹ In einem Dutzend Quartiere gibt ein Achtel oder mehr der Bevölkerung als Hauptsprache nicht eine Landessprache an.²⁵⁰

Zunahme der Segregation der ausländischen Bevölkerung auf tiefem Niveau: Im internationalen Vergleich und in pauschaler Hinsicht ist die Segregation der ausländischen Bevölkerung in den Schweizer Agglomerationsgemeinden relativ tief.²⁵¹ Seit der Volkszählung von 1970 hat die räumliche Segregation der Ausländerinnen und Ausländer indes zugenommen. Die Aufsplittung des Segregationsindex nach einzelnen Nationalitäten zeigt aber keine ausgeprägte kleinräumliche Ausgrenzung einer einzelnen Bevölkerungsgruppe, wie dies von Grosstädten im Ausland (monoethnische Quartiere, "Ghettos") bekannt ist.²⁵² Die Werte der Segregationsindizes für einzelne Städte sind sehr unterschiedlich. So weisen in Basel Personen mit schweizerischem, italienischem, portugiesischem und spanischem Pass Segregationswerte über 20% auf. Auch in Luzern ist die Segregation auf Quartierebene hoch und liegt für alle Nationalitäten zwischen 25% und 50%. Zu den Städten mit ausgeglichener Verteilung gehören Genf und St. Gallen (Werte unter 20%).²⁵³

Ungleiche Verteilung der Nationalitäten: Die Verteilung der verschiedenen Nationalitäten der ausländischen Bevölkerung auf verschiedene Regionen und Agglomerationen der Schweiz ist sehr unterschiedlich. Über 70% der ausländischen Personen in den Kantonen

²⁴⁷ Arend, Michal; Baur, Martin; Schuler, Martin (2005): Bevölkerungszusammensetzung, Integration und Ausgrenzung in Urbanen Zonen. Neuchâtel: BFS (Entwurf Stand 28.11.2005): 56f. (Zahlen gemäss Volkszählung 2000).

²⁴⁸ Wanner, Philippe (2004a): Migration und Integration – Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz. Neuchâtel: BFS: 59ff.

²⁴⁹ Arend et al. (2005): 86. Die Stadtteilgebiete der Volkszählung weisen unterschiedliche Grössen – zwischen 3'000 (Neuchâtel) und 13'000 Einwohnern (Winterthur) – auf. S. 13.

²⁵⁰ Arend et. al (2005): 88. Der höchste Anteil von Personen mit anderer Hauptsprache in einem Quartier liegt bei 28.3%. Nur ein Quartier weist einen Anteil von über einem Zehntel der Bevölkerung (13.8%) auf, der als Umgangssprache keine Landessprache angibt (Ibid: 90).

²⁵¹ Der Segregationsindex nach Duncan zeigt an, in welchem Masse verschiedene Staatsangehörige umziehen müssten, damit alle gleichmässig verteilt wohnen würden. Je höher der Wert, umso grösser ist die regionale Konzentration. Ein Duncan-Index von 20% gibt an, dass 20% der Bevölkerung verschoben werden müsste, um eine homogene Verteilung zu erhalten.

²⁵² Wanner, Philippe (2004a): 63.

Neuenburg, Jura und Tessin stammen aus dem EU-Raum. Dieser Anteil beläuft sich in den Kantonen Luzern und Uri auf unter 40%, wogegen die Präsenz jugoslawischer Staatsangehöriger in der Zentralschweiz sowie in der Ostschweiz dominiert. Jeder zehnte Einwohner der Stadt St. Gallen hat die Nationalität eines Landes des ehemaligen Jugoslawiens (9.8%). Französische Staatsangehörige, aber auch Personen aus Portugal und in verringertem Masse aus Spanien sind in der Genferseeregion stark übervertreten. In der Stadt Genf sind 7.3% der Bevölkerung portugiesische und 5.2% spanische Staatsangehörige. Jeder zwanzigste Einwohner von Basel hat einen türkischen Pass (4.9%). Die anteilmässig grösste Zahl von Italienerinnen und Italienern finden sich im Tessin. In der Stadt Lugano machen sie 20.5% der Stadtbevölkerung aus.²⁵⁴

Verfestigte Segregation nach gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Merkmalen: Untersuchungen auf der Basis von Volkszählungsdaten haben gezeigt, dass sich in den fünf Grossagglomerationen der Schweiz in den letzten beiden Jahrzehnten eine kleinräumige Bevölkerungsverteilung abzeichnet, welche sich verkürzt wie folgt beschreiben lässt: Konzentration der Oberschichtsfamilien in der Peripherie der Agglomerationen (ländliche Gemeinden), der Mittel- und Unterschichtsfamilien in den suburbanen Gemeinden (Gürtel) und von Einzelhaushalten und anderen Haushaltsformen in den Kernstädten.²⁵⁵ Die sozialen Brennpunkte haben sich von den Innenstädten an den Stadtrand und weiter ins Umland verlagert.²⁵⁶ Diese Entwicklung hat auch zur genannten Konzentration ausländischer Personen mit geringem Einkommen (oder sozialem Status) in benachteiligten Quartieren und Wohngebieten beigetragen. Die Auswertungen der Volkszählungsdaten haben ergeben, dass bei einigen Quartieren der tiefe beruflicher und bildungsmässige Status, die ethnische Herkunft und die Sprachkenntnisse, der Anteil Personen in Haushalten Alleinerziehender und der Anteil erwerbsloser Personen an der Wohnbevölkerung ausgeprägt sind.²⁵⁷ Gemessen am Berufs- und Bildungsstatus der Wohnbevölkerung hat sich zwischen 1990 und 2000 die absolute Situation in den Schweizer Quartieren nicht verschlechtert.²⁵⁸

Höhere Risiken ausländischer Haushalte in schlechten Wohnverhältnissen zu wohnen: Verschiedene Indikatoren geben Hinweise darauf, dass ausländische Haushalte in einfacheren Wohnverhältnissen leben als schweizerische. Während Schweizerinnen und Schweizer durchschnittlich 46.6 m² Wohnfläche zur Verfügung haben, verfügen Personen aus Afrika (27.3 m²), Asien (26.8 m²) und Haushalte aus Ländern des ehemaligen Jugosla-

²⁵³ Arend et. al. (2005): 68f. Allerdings ist zu diesen Zahlen anzumerken, dass infolge der unterschiedlichen Grösse der untersuchten Quartiere der Vergleich nur in eingeschränkter Masse gilt.

²⁵⁴ Arend et.al. (2005): 57; und Wanner, Phillippe (2005): 59ff.

²⁵⁵ Da Cunha, Antonio und Both, Jean-Francois (2004): Metropolisierung, Städte und Agglomerationen. Soziodemografische Struktur und Dynamik von urbanen Räumen. Neuchâtel: BFS: 61ff.

²⁵⁶ Siehe zum Beispiel die Studie von Heye, Corinne und Leuthold, Heiri (2004): Segregation und Umzüge in der Stadt und Agglomeration Zürich. Statistik Stadt Zürich. Siehe auch Arend et. al. (2005): 41.

²⁵⁷ Arend et.al. (2005): 79-104. Wanner, Philippe (2004a): 60. Siehe auch Huissoud, Thérèse et. al. (2003): Strukturen und Tendenzen der Differenzierung in den städtischen Räumen der Schweiz. In: Wicker, Hans-Rudolf / Fibbi, Rosita / Haug, Werner (Hrsg.): Migration und die Schweiz. Zürich: Seismo: 183-206.

²⁵⁸ Auch wenn diese zum Teil nur schwach ausgefallen sein mag, so haben doch mit wenigen Ausnahmen alle Quartiere in der Schweiz eine soziale Aufwärtsbewegung durchlaufen. Arend et.al. (2005): 31f. Bei den Ausnahmen handelt es sich um "vier kleine und untypische Quartiere". Der Faktor Berufs- und Bildungsstatus wird mit Angaben zur formalen Bildung gemessen. Die Statusangaben beruhen auf Selbstdeklaration der Befragten.

wiens und der Türkei (21.6 m²) nur über gut die Hälfte.²⁵⁹ Über 60% der schweizerischen Haushalte sind in Gebäuden mit einer oder zwei Wohnungen zu finden. Ausländische Familien wohnen demgegenüber mehrheitlich in Gebäuden mit drei oder mehr Wohnungen.²⁶⁰ Eine statistische Auswertung in der Stadt Zürich gibt Hinweise darauf, dass bestimmte Gruppen ausländischer Haushalte auf dem Mietwohnungsmarkt benachteiligt werden.²⁶¹

Ursachen von Integrationsproblemen

Kleinräumigkeit der Schweiz als Vorteil: Vom 27. Oktober bis Mitte November 2005 haben jugendliche Quartierbewohner in französischen Vorstädten Tausende von Fahrzeugen und an die hundert öffentliche Gebäude in Brand gesetzt. Dies hat die Frage nach der Möglichkeit ähnlicher Erscheinungen in der Schweiz aufgeworfen. Die Quartiere der Schweizer Agglomerationen sind indes aufgrund der Kleinräumigkeit unseres Landes und dem geringeren Ausmass der Metropolisierung mit den französischen Banlieues nicht vergleichbar. Gemäss dem jährlich publizierten französischen ONZUS-Bericht (Observatoire national des zones urbaines sensibles) wird eine strukturelle Ursache der Ereignisse in Frankreich in der Kumulierung von sozialen Risiken (Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit, Gesundheit) gesehen, welche zusammen mit hohen Anteilen von Zugewanderten sowie einer starken Verjüngung der Quartierbevölkerung auftreten.²⁶²

Kumulation von Problemlagen führen zum Entstehen von sozialräumlichen Brennpunkten: Auch in der Schweiz zeigt sich bei einer Betrachtung auf Quartierebene, dass sich die Risiken sozialräumlich "verdichten". Mit anderen Worten: Die in den obigen und nachstehenden Kapiteln anhand von unterschiedlichsten Daten und Fakten dargelegten Probleme im Bereich Integration (siehe II.1-6/8-10 Schule, Berufsbildung, Arbeit etc.) weisen bezogen auf die Bevölkerung bestimmter Quartiere erhöhte Werte auf.²⁶³ Diese Quartiere stellen daher gewissermassen soziale Brennpunkte dar, welche aufgrund verdichteter Integrationsprobleme einen höheren Bedarf an Integrationsförderung aufweisen. Betroffen sind insbe-

²⁵⁹ Ausländische Haushalte kommen im Durchschnitt mit 34m² pro Person aus. Farago, Peter und Brunner, Beat (2005): Wohnverhältnisse ausgewählter sozialer Gruppen. In: Wohnen 2000. Schriftenreihe Wohnungswesen, 75. Grenchen: Bundesamt für Wohnungswesen. Basierend auf den Zahlen der Volkszählung 2000. Als ausländische Haushalte gelten solche, bei denen die Referenzperson nicht schweizerischer Nationalität ist. 18.4% der Haushalte zählten im Jahre 2000 dazu. Von den insgesamt 555'612 Haushalten ausländischer Nationalität stammten im Jahre 2000 40.9% aus Italien, Spanien oder Portugal, 22.6% aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens und der Türkei, 20.5% aus Mittel- und Westeuropa, 4.9% aus Asien und 2.8% aus Afrika.

²⁶⁰ Wanner, Philippe (2004b): De nombreux modes de vie. In: terra cognita No. 5. Bern: EKA: 15

²⁶¹ "Zahlen ausländische Haushalte mehr Mietzins als schweizerische?" Medienmitteilung der Stadt Zürich vom 8. Juni 2004. http://www3.stzh.ch/internet/mm/home/mm_04/06_04/mm_15.html (Stand: 9.11.2005).

²⁶² Zurzeit liegt die Arbeitslosenrate der 15-59-jährigen in den Banlieues bei 20.7% gegenüber 9.9% im nationalen Durchschnitt. 26.5% der Haushalte hatten ein Einkommen unter der Armutsgrenze (10% im nationalen Durchschnitt Frankreichs), das mittlere Jahreseinkommen lag bei 19'000 Euro (F insgesamt: 29'527 Euro) und der Anteil der Personen unter 20 Jahren lag bei 31.5% (F insgesamt: 24.5%). Délégation interministérielle à la ville / Ministère de l'emploi de la cohésion sociale et du logement. Ministère délégué à la cohésion sociale et à la parité (2005). Observatoire national des zones urbaines sensibles, Rapport 2005. Paris: 2-5. Im Jahre 2003 lebten 4.67 Millionen Personen in den Banlieues.

²⁶³ Siehe z.B. Statistisches Amt des Kantons Basel Stadt (2005): Controlling und Monitoring des Stadtteilentwicklungsplans Integrale Aufwertung Klein-Basel (IAK). Basel: Statistisches Amt. Siehe auch Drilling, Matthias (2004): Junge Erwachsene in der städtischen Sozialhilfe. In: impact. Basel: Basler Institut für Sozialforschung und Sozialplanung: 15.

sondere bestimmte Gruppen der ausländischen Bevölkerung, welche einen hohen Anteil an Zugehörigen zu tiefen sozialen Schichten aufweisen.

Entwicklungsspirale zunehmender Segregation – Ineinanderwirken unterschiedlicher Faktoren: Grössen wie Standortfaktoren, Wohnungsstandard, Investitionswillen, Quartierimage oder Bevölkerungszusammensetzung können sich gegenseitig beeinflussen und eine unerwünschte Entwicklung verstärken.²⁶⁴ Da sehr unterschiedliche Faktoren ineinander wirken, ist eine negative Entwicklungsspirale eines Quartiers nicht mit punktuellen Eingriffen anzuhalten oder positiv zu beeinflussen. Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Herkunftskriterien und damit die Frage nach Integration ist nur eine unter vielen. Diese ist eng mit Fragen der Wohnbauinvestition, der Infrastruktur im Quartier, der Schule, der Gemeinwesenarbeit u.a. verknüpft. Auf der Quartierebene tritt damit der Querschnittscharakter der Integrationsförderung deutlich hervor.

Unterschiedliche Chancen und Risiken in unterschiedlichen Quartiertypen: Fragen der Integration und der Integrationsförderung im Quartierumfeld sind eng mit der geografischen Lage und der "Funktion" eines bestimmten Quartiers in einer Agglomeration verbunden. Nimmt man die übliche Differenzierung nach "Kernstadt", "Suburbaner Gürtel" und "Periurbaner Raum" als Grundlage, lassen sich drei Typen benachteiligter Quartiere unterscheiden. Einen ersten Typus bilden zentrumsnahe "*Übergangszonen*". Einerseits sind sie durch eine Konzentration von Tätigkeiten, Gewerbe und Aktivitäten geprägt, welche in der Stadt nicht gerne gesehen werden. Sie weisen oft auch eine überdurchschnittliche Konzentration von sozial benachteiligten Bewohnerinnen und Bewohnern sowohl schweizerischer wie ausländischer Herkunft auf. Andererseits gelten diese Quartiere gleichzeitig auch als "Trend"-Quartiere. Die Fluktuationsraten in diesen Quartieren sind oft sehr hoch.²⁶⁵ Es handelt sich oft um "Durchgangsquartiere" oder "Eingangspforten", wo Zuwandernde nur während kurzer Zeit Wohnsitz nehmen. Daher ist hier die lokale Integration von vornherein erschwert. Zum zweiten Typ gehören "*Stadtrandquartiere*". Nicht selten handelt es sich um auf grossen Parzellen in der Nachkriegszeit erstellte Grosssiedlungen für mehrere Tausend Bewohnerinnen und Bewohner. In diesen Siedlungen ist der Anteil von Familien oft relativ hoch und die Fluktuationsrate weniger ausgeprägt. Zudem gelten eine Reihe der erwähnten Standortnachteile (etwa: fehlende Grünflächen, lärmender Verkehr etc.) hier nur bedingt; oft weisen diese im Gegenteil grosse Potenziale betreffend Gemeinschafts- und Infrastrukturen auf. Der in den letzten Jahrzehnten erfolgte, rasche demographische und gesellschaftliche Wandel macht aber dem Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in diesen Quartieren zu schaffen.²⁶⁶ Zum dritten Typ sind eher *kleinere Siedlungen im periurbanen Raum* zu zählen, die sich in ländlichen Gemeinden oder in der Nähe von Kleinstädten befinden. Auch diese,

²⁶⁴ Dies belegen das Monitoring der Bevölkerungszusammensetzung und Befragungen in einem Zürcher Quartier, dessen Standortfaktor sich durch Lärmeinfluss verschlechtert hat. (In Bezug auf die Bautätigkeit ist indes das Bild uneinheitlich): Stadt Zürich (2004): Monitoring zum Südanflug 2. Quartal 2004. Zürich: 1, 4; sowie Stadt Zürich (2005): Monitoring zum Südanflug 3. Quartal 2005. Zürich: 3.

²⁶⁵ Gemäss der Typologie von Arend et. al. (2005): 31: "Zentrumsnahe, dicht besiedelte Quartiere aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, dh. die frühen Arbeiterquartiere oder Stadtgebiete, die nach 1920 eine soziale Abwärtsbewegung durchlaufen haben (mit konkreten Beispielen, siehe auch S. 27f: insbesondere die Typen 223, 231, 232, 233)".

²⁶⁶ Gemäss der Typologie von Arend et. al. (2005): 31f. Neubaugebiete (mit konkreten Beispielen, siehe auch S. 28f, insbesondere die Typen 321, 322, 323, 331 und 332, 333).

oft in der Nachkriegszeit erstellten und aus mehrgeschossigen Gebäuden bestehenden Siedlungen, sind durch raschen demografischen Wandel und Segregation insbesondere im Zuge der zweiten Migrationsphase in den 80er- und 90er-Jahren geprägt.²⁶⁷

Rechtliche Grundlagen der Integrationsförderung im Bereich Wohnumfeld und Quartierentwicklung

- Bundesverfassung: Art. 41 Abs. 1 lit. e (Recht auf angemessene Wohnung als Sozialziel); Art. 108 und 109 (Kompetenzen des Bundes im Bereich Wohnbauförderung und Mietwesen)
- Bundesgesetze im Bereich der Wohnungsbauförderung
- Kantonale und kommunale Raumplanungserlasse

Massnahmen und Aufwendungen im Bereich Quartierentwicklung (Grössenordnungen)

Vielfältige Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität in benachteiligten Quartieren – Integrationsförderung ist ein Baustein unter anderen: Verschiedene kleinere Gemeinden sowie viele Städte in der Schweiz haben im Rahmen ihrer Siedlungs- und Stadtentwicklungspolitik punktuelle Massnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität und des Zusammenlebens in den Quartieren ergriffen. Die Ausländerintegrationsförderung stellt dabei nur einen Teil dieser Massnahmen dar. Das Ausmass und die Vielfalt der Instrumente sind dabei je nach Grösse der Gemeinde und Quartiere sehr unterschiedlich. In der Regel stellen die Gemeinden einen grossen Teil der Finanzierung sicher. Auch von Seiten der Kantone sowie verschiedener betroffener Bundesstellen werden punktuell und themenspezifisch Projekte in den Agglomerationen angeregt und mitunterstützt.

Je nach Typus von Quartieren kommen unterschiedliche Massnahmen zum Tragen. Es ist daher nur möglich, auf einzelne Beispiele hinzuweisen.²⁶⁸

In der Schaffhauser Siedlung Birch (dritter Typ) mit rund 800 Einwohnern und einem Ausländeranteil von über 80% z.B. wurde eine Reihe von Massnahmen umgesetzt, welche Verbesserungen im Schulbereich, im Wohnumfeld, im Zusammenleben der Quartierbevölkerung etc. vorsehen. Einzelne Massnahmen stützen sich dabei auf die gemeinsamen "Leitlinien für eine kohärente Integrationspolitik" von Stadt und Kanton. Angeregt wurde das Projekt vom Bundesamt für Wohnungswesen (BWO), und die Projektkosten (250'000 Franken für drei Projektjahre) wurden vom Bund zusammen mit der Stadt Schaffhausen je hälftig getragen.²⁶⁹

Im Stadtteil Klein-Basel (erster Typ) (33'000 E., Ausländeranteil 48%) setzt der Kanton Basel-Stadt ein umfassendes, langfristiges Programm um. Die so genannte "Integrale Aufwertung Klein-Basel" umfasst elf verschiedene Themenfelder, in welchen jeweils eine Reihe von Massnahmen und Projekten umgesetzt werden. Dazu gehören Verbesserungen der Wohnqualität, Gestaltung des öffentlichen Raums, Entwicklung des Verkehrsangebots, Förderung der lokalen Wirtschaft, Verbesserung der Umweltqualität, Integration der Zugewanderten, Stärkung von Bildungs- und Schulangeboten, Förderung der Soziokultur und des solidarischen Zusammenlebens, Stärkung des Kulturstandorts, Entwicklung von Informations- und Kommunikationsinstrumenten sowie Optimierung und Vernetzung der Steuerung auf der Ebene der zuständigen Verwaltungsstellen. Das Projekt "Integrale Aufwertung Klein-Basel" IAK wird mit jährlich 750'000 Franken vom Kanton, von Privaten sowie durch den Bund un-

²⁶⁷ EKA (2005d): Integration und Habitat – Lebensqualität in benachteiligten Quartieren verbessern. Bern: Eidgenössische Ausländerkommission: 8ff.

²⁶⁸ EKA (2005d): 27ff. Die Broschüre stellt detailliert vier unterschiedlich grosse Quartiere/Stadtteile und die dort angelaufenen Massnahmen und Finanzierungen vor.

²⁶⁹ EKA (2005d): 40.

terstützt. Es wird damit gerechnet, dass in der Folge der Stadtentwicklung in diesem Raum Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe ausgelöst werden.²⁷⁰

Quartierprojekte im Bereich Integrationsförderung tragen zur Aufwertung der Quartiere bei: Im Rahmen der genannten Massnahmen auf Quartierebene spielen Projekte zur Förderung der Integration eine bedeutende Rolle. Aus dem Integrationsförderungsprogramm des Bundes leisten neben dem Förderungsschwerpunkt A "Verständigung fördern" (Sprachförderung) insbesondere Projekte des Förderungsschwerpunkts C "Zusammenleben fördern" einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität in benachteiligten Quartieren. Im Jahre 2004 wurden in diesem Schwerpunkt Mittel in der Höhe von rund 2.5 Millionen Franken aufgewendet. Die Hälfte der rund 800 Projekte bezwecken die Information und den Austausch über Themen des Zusammenlebens sowie über den Zugang zu den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Schule, Weiterbildung etc. (siehe vorgängige Ausführungen II.1.bis II.6. sowie II.9.). Bei der anderen Hälfte der Projekte geht es um den Einbezug der ausländischen Quartierbevölkerung sowie die Verbesserung des Kontakts zwischen Gruppen unterschiedlicher Nationalitäten im Quartier (siehe II.8. Teilnahme, Mitbestimmung, Einbürgerung).

Integrationsförderung des Bundes trägt dazu bei, das Thema bei den privaten Akteuren und den Verbänden auf nationaler Ebene auf die Agenda zu setzen: Die EKA hat sich in den Jahren 2004 und 2005 thematisch schwerpunktmässig mit dem Thema Integration im Quartier beschäftigt. Aufgrund der Erkenntnis, dass eine nachhaltige Integrationsförderung im Quartier letztlich nur im Rahmen einer koordinierten Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure (Wohnbauinvestoren, lokales Gewerbe, Stadtentwicklungsbehörden, Gemeinwesenarbeit, Integrationsfachstellen etc.) zum Erfolg führt, hat sie auf nationaler Ebene den Kontakt mit den wichtigsten Akteuren im Bereich Wohnen gepflegt. Mit dem Immobilienwirtschafts- und Hauseigentümergebieterverband, dem Mieterverband und den Hauswarteverbänden sind konkrete Massnahmen im Bereich der Information und der Ausbildung ihrer Mitglieder ergriffen worden.²⁷¹

Koordination auf politischer Ebene im Rahmen der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) und durch die Agglomerationspolitik des Bundes: Auf der politischen Ebene ist für die Integrationsförderungs politik in den Agglomerationen die Koordination über die TAK zu nennen. Seit 2001 tauschen sich Bund, Kantone und Städte (Gemeinden) über agglomerationspolitische Themen aus. Am 19. Mai 2005 hat die TAK in Biel die erste nationale Integrationskonferenz durchgeführt und den Bericht "Rechtliche Integrationshemmnisse" veröffentlicht. Interdepartemental erfolgt die Koordination auf Bundesebene im Rahmen der Agglomerationspolitik des Bundes, welche gemeinsam vom Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) und dem Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) getragen wird.²⁷²

Besonders von Desintegration betroffene Quartiere

In der Schweiz existieren keine umfassenden Untersuchungen darüber, welche Quartiere oder welche Einwohnergruppen von Quartieren besonders von Desintegration bedroht sind.

²⁷⁰ www.stadtentwicklung.ch.

²⁷¹ <http://www.eka-cfe.ch/d/habitat.asp> (Stand 10.11.2005).

²⁷² <http://www.are.admin.ch/are/de/raum/agglomerationspolitik/index.html> (Stand: 9.11.2005).

Die im Rahmen der Auswertung der Volkszählung erfolgten Studien bilden indes eine erste Grundlage.²⁷³

Handlungsbedarf aus integrationspolitischer Sicht

Aus Sicht des EJPD ist folgender Handlungsbedarf hinsichtlich der Fortführung bestehender Massnahmen sowie der Entwicklung neuer Massnahmen festzustellen:

- Die **Unterstützung des Bundes von Integrationsprojekten sowie von Projekten im weiteren Bereich des Zusammenlebens und der Verbesserung der Lebensqualität in benachteiligten Quartieren ist weiterzuführen** und gegebenenfalls zu intensivieren. Die Beiträge aus dem Integrationsförderungsprogramm spielen eine wichtige Rolle bei der Realisierung von Aufwertungsprojekten. In diesem Bereich ist die Drittfinanzierung, welche durch den Bundesbeitrag ausgelöst wird, am Höchsten (bei ca. 1.5 Franken pro 1 Franken Bundesbeitrag, siehe I.3. Zuständigkeiten und Instrumente). Die Förderung ist noch vermehrt auf die im Bericht erwähnten Risikogruppen auszurichten. Im Rahmen der Umsetzung der Projekte ist auf eine Sensibilisierung hinsichtlich des Integrationsanliegens bei den wichtigen lokalen Akteuren, den verschiedenen Interessengruppen der Wohnbevölkerung, den privaten Liegenschaftsbesitzern, dem lokalen Gewerbe, der Hauswarte etc. zu achten.
- Auf politischer Ebene besteht ein Handlungsbedarf hinsichtlich der Gemeinde übergreifenden Zusammenarbeit in den Agglomerationen. Die Verbesserung der Integration und des Zusammenlebens in benachteiligten Quartieren hat einen Einfluss auf die gesamte Agglomeration. Laut Aussagen von Experten im Bereich Quartierentwicklung und Integration zeichnet sich in der Zukunft insbesondere in den suburbanen Gürteln ausserhalb der Kernstädte aktueller sowie präventiver Handlungsbedarf ab.²⁷⁴ Viele kleinere Gemeinden sind jedoch in dieser Hinsicht fachlich und finanziell überfordert und bedürfen der Unterstützung und Zusammenarbeit im Agglomerationsverbund. **Der Bund setzt sich im Rahmen der TAK weiterhin dafür ein, dass das Thema prioritär verfolgt wird.**
- In den Schweizer Agglomerationen bestehen zahlreiche punktuelle Massnahmen im Bereich der Verbesserung der Integration und des Zusammenlebens in benachteiligten Quartieren. Doch erst in wenigen Gemeinden und Städten sind diese zentral koordiniert und zu umfassenden und evaluierten Programmen entwickelt worden. Der Bund kann hier mit finanziellen Anreizen Impulse geben. Die Verbesserung umfasst unterschiedliche thematische Bereiche. Unterschiedliche Ämter und Departemente sind betroffen. Mit dem Ziel einer Wirkungsverbesserung ist daher in Zukunft die **Koordination der Bundesgelder zu verstärken. Das EJPD (BFM) prüft in Zusammenarbeit mit anderen Bundesstellen sowie im Rahmen seines Koordinationsauftrags (Art. 14a VIntA), wie sich hier Verbesserungen erzielen lassen. Im Rahmen des Integrationsförderungsprogrammes sind auf nationaler Ebene die Anstrengungen fortzusetzen, zur**

²⁷³ Arend et.al. (2005) nennt auf S. 23-36 konkrete Quartiere (Schaubilder S. 37-48).

²⁷⁴ EKA (2005d): 10. Siehe auch Tripartite Agglomerationskonferenz (TAK) (2005): Rechtliche Integrationshemmnisse, Auslegeordnung und Lösungsansätze. Bern: TAK: 51-56; sowie SKOS (2005): Richtlinien für die Ausgestaltung und Bemessung der Sozialhilfe. Bern: SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe), 4. überarbeitete Ausgabe: Kapitel D.4-2 "Einzugsgebiet von Integrationsprogrammen".

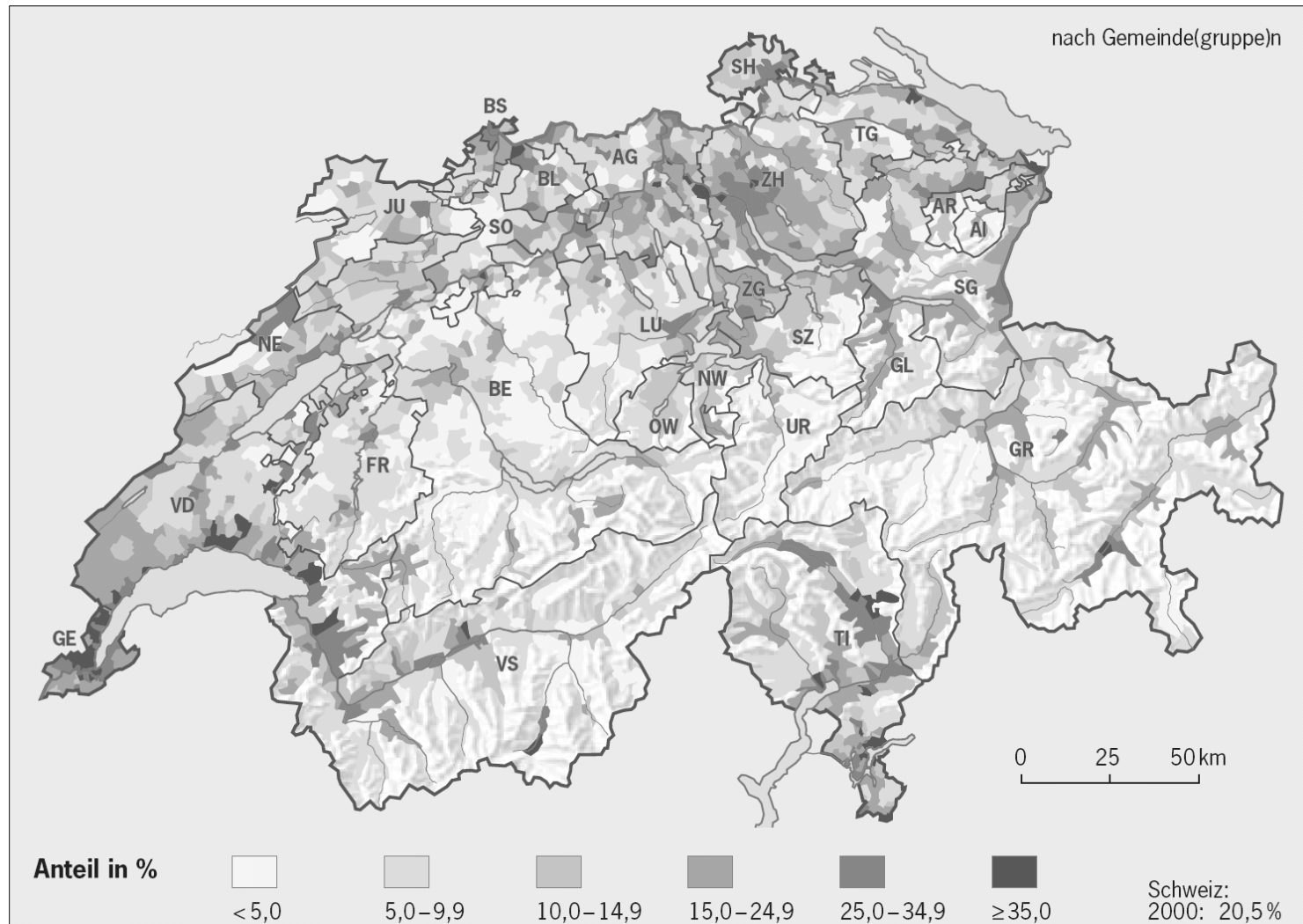
Sensibilisierung des Themas bei den wichtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren beizutragen.

- Es existieren in der Schweiz bislang nur punktuelle Untersuchungen zum Bereich Integration und Quartierentwicklung. Das BFM prüft zusammen mit den beim Bund sowie in den Kantonen und Gemeinden zuständigen Stellen, wo ***Handlungsbedarf im Bereich der Analyse*** besteht.²⁷⁵

²⁷⁵ Siehe dazu auch die Antwort des Bundesrates zum Postulat von Stéphane Rossini zu Gewalt in den Städten. Ursachen und Prävention (05.3899).

All.7. Anhänge Wohnumfeld und Quartierentwicklung

All.7.1. Ausländeranteil in den Kantonen / Gemeinden der Schweiz, 2000



Aus: Wanner, Philippe (2004a): Migration und Integration – Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz / Migration et intégration – Populations étrangères en Suisse. Neuchâtel: BFS/OFS, S. 38.